



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/XII/263 - 5. November 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Aussprache über die Regierungserklärung	S. 1
Zum Abzug der Sowjetdelegation aus der Abrüstungskonferenz	S. 3
Sozialdemokratisches Minderheitenkabinett in Schweden	S. 4
Zum Prozess gegen Stephan	S. 6

## Der andere Weg.

sp- In fast allen Kommentaren zur Regierungserklärung Dr. Adenauer war das Bedauern darüber ausgesprochen worden, dass der Bundeskanzler wenig konkrete Anhaltspunkte für die tatsächlichen innen- und aussenpolitischen Absichten des dritten Kabinetts Adenauer gegeben hatte. Mit umso grösserer Erwartung wurde den Ausführungen des Sprechers der stärksten Bundestagsfraktion, des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone, in der Aussprache über die Regierungserklärung entgegengesehen. Man blieb enttäuscht, denn auch Dr. Krone begnügte sich nur mit Leitbildern, ohne auf das in der Regierungserklärung Adenauers unrisse Programm näher einzugehen. Festlegungen wich der Sprecher der CDU aus, und wo konkrete Hinweise auf den künftigen Inhalt der Regierungspolitik notwendig gewesen wären, sprach Dr. Krone von der überirdischen Macht.

Sehr realistisch dagegen setzte sich der Sprecher der stärksten Oppositionspartei, Erich Ollenhauer, mit der Regierungserklärung Adenauers auseinander. Er begnügte sich nicht mit der notwendigen Kritik an dem Regierungsprogramm, sondern entwickelte eine Reihe von Ideen und Vorschlägen zur Lösung nationaler und internationaler Probleme, wodurch deutlich wurde, wie ernst die Sozialdemokratie ihre Aufgabe als konstruktive Opposition nimmt.

Ein besonderes Merkmal der Aussprache war der grosse Raum, den Ollenhauer der Innenpolitik widmete. Welch ein Paradox! Man wirft der Sozialdemokratie gelegentlich vor, sie habe auf wirtschaftspolitischen Gebieten keine Alternative aufzuweisen, ihre Vorstellungen über das, was der Wirtschaft gut tut, seien verschwommen. Vergleicht man die entsprechenden Passagen in den Reden Adenauers oder Krones mit den sozialdemokratischen, von Ollenhauer vorgebrachten Vorschlägen etwa zur Bekämpfung des Preisanstieges, zur Gestaltung einer wirksamen, den Schwachen schützenden Steuerreform, zur Förderung der Mittelschichten oder zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik, so muss der Unvoreingenommene zugaben, dass im sozialdemokratischen Programm viel mehr Substanz und konstruktive Ansätze zu finden sind, als bei der Partei, die im Sog einer Weltkonjunktur vorgibt, Wirtschaftspolitik zu machen.

Die konstruktive Politik der Sozialdemokratie kam auch dort zum Ausdruck, wo Ollenhauer im Interesse der Sicherung und Erhaltung der deutschen Demokratie die effektive Förderung der Länder und Gemeinden durch den Bund als staatspolitische Aufgabe darstellte. In diesem Rahmen war auch der Hinweis auf die Notwendigkeit gegeben, ein Gesetz zu schaffen, durch das die Finanzierung der Parteien endlich kontrolliert werden kann, und ein im Grundgesetz verankertes Wahlgesetz, das zweckbedingte Manipulationen mit dem Wahlrecht ein für allemal ausschliesst.

Vor und nach den Wahlen hörte man das Schlagwort von der gemeinsamen Aussenpolitik. Wie steht es damit? Ollenhauer bekannte sich zur Übernahme der gemeinsamen Verantwortung in den grossen nationalen Fragen unseres Volkes, aber nicht als Befehlsempfänger der Regierung, sondern als gleichberechtigter Partner, der auch die Opposition in einem demokratischen Staate ist. Das schliesst ein: Rechtzeitige Konsultierung und Information auch der Opposition vor grossen Entscheidungen. Das schliesst ferner aber auch ein, dass es hier zu einem lebendigen Gespräch kommt und man bereit ist, auch die Auffassungen des politischen Gegners loyal zu prüfen. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen, und Ollenhauer bezweifelte, dass der wiedergewählte Regierungschef in Zukunft anders verfährt. Seine Missachtung der Opposition als eine mitgestaltende Kraft der deutschen Politik ist im Wahlkampf deutlich genug zum Ausdruck gekommen.

Zur Aussenpolitik stellte Ollenhauer fest, dass die Regierung gewillt sei, die sogenannte Politik der Stärke fortzusetzen, ungeachtet der Tatsache, dass uns diese Politik der Wiedervereinigung und Sicherheit unseres Volkes keinen Schritt näher gebracht hat. Besteht hier ein Zusammenhang zwischen der Grösse der CDU und dem Tiefstand der Deutschlandpolitik? Ollenhauer sprach es offen aus:

"Heute kann niemand mehr leugnen, dass die Hindernisse gegen die Wiedervereinigung in den vergangenen Jahren zahlreicher und die Schwierigkeiten grösser geworden sind. Die Stapper, die zu diesem gefährlichen toten Punkt in der deutschen Wiedervereinigungspolitik geführt haben, sind nicht zuletzt durch die Politik der bisherigen Bundesregierung gekennzeichnet".

Um diesen toten Punkt zu überwinden, schlug Ollenhauer vor, dass die Regierung die der Bundesrepublik befreundeten Regierungen anregt, sobald als möglich, und jedenfalls vor endgültigen Beschlüssen über die weitere militärische Strategie des Westens, mit der Sowjetunion eine Konferenz der Atomkräfte unter Beteiligung der Regierungschefs dieser Länder durchzuführen, um noch einmal in einem solchen direkten Gespräch den Versuch zu machen, zu einer Vereinbarung in der Abrüstungsfrage zu kommen.

Diese Mahnung des Sprechers der grössten Oppositionspartei erhält eine besondere Aktualität durch den Beschluss der Sowjetunion, die bisherigen Abrüstungsverhandlungen abzubreaken. Die Welt steht wieder einmal an einem Scheidewege. Sie hat zu wählen zwischen Wettrüstern und Verhandlungen. Die Rede Dr. Krozes machte es klar, dass auch das dritte Kabinett Adenauer den Weg des Wettrüstens zu gehen bereit ist. Ollenhauer zeigte den anderen Weg.

Die neue Situation

sp- Die Ankündigung des stellvertretenden sowjetischen Aussenministers Kusnetsow vor dem politischen Ausschuss der UNO-Vollversammlung, dass die Sowjetunion ihre Mitarbeit in der UNO-Abrüstungskommission und dem Unterausschuss einstellt, hat natürlich in der ganzen westlichen Welt einen Schock ausgelöst. In Washington, Paris und London ist man der Meinung, die Sowjets hätten sich zu diesem Schritt entschlossen, weil sie sich nach dem Start des Sputnik Nr. 2 der westlichen Welt überlegen fühlen und jetzt ihre Trümpfe ausspielen wollten. Kusnetsow dagegen begründete den Rückzug der sowjetischen Delegation mit der Feststellung, der bisherige Verlauf der Abrüstungsverhandlungen lasse den Verdacht aufkommen, dass der Westen bei den Vätern nur die Illusion nähren wolle, es werde auf dem Gebiet der Abrüstung tatsächlich etwas getan. In Wirklichkeit wollten die Westmächte hinter dem Schleier von komplizierten Verhandlungen die Aufrüstung weiter vorantreiben. Kusnetsow erklärte weiter, die Sowjetunion werde solange den Verhandlungen fern bleiben, bis ein UNO-Abrüstungsparlament geschaffen werde, dem alle 82 Mitgliedstaaten angehören. Die Abrüstungsfrage interessiere nicht nur die grossen, sondern auch die kleinen Staaten.

Die Vermutung der Westmächte, dass die Russen den psychologischen Effekt, der in der ganzen Welt durch den Start ihrer Sputniks erzielt wurde, zu ihren Gunsten ausnutzen wollen, dürfte zutreffen. Bei früheren Gelegenheiten, als der Westen annehmen konnte, der Russen überlegen zu sein, hat er sich im umgekehrten Sinne nicht viel anders verhalten. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen sich jetzt für den weiteren Verlauf der Weltpolitik ergeben. Wird die Entscheidung der Russen in New York der Beginn einer neuen und mit ungeheuren Mitteln vorangetriebenen Aufrüstungskampagne sein, oder wird man die von den Russen gestellte Forderung nach Bildung eines allgemeinen UNO-Abrüstungsparlaments erfüllen? Es ist durchaus möglich, dass jetzt beides geschieht. Bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, dass der Westen alle NATO-Staaten, einschliesslich der Bundesrepublik, mit Atom- und Wasserstoffbomben auszurüsten gedenkt, um diesen eigene höchst effektive Abschreckungsmittel im Falle eines Angriffes aus dem Osten in die Hand zu geben. Andererseits werden in den Vereinigten Staaten diejenigen Stimmen immer lauter, die ein direktes Gespräch zwischen Washington und Moskau zur Bereinigung des latenten Ost-West-Konfliktes fordern.

Welche Richtung sich jetzt auch durchsetzen mag, ist noch nicht klar erkennbar. Feststehen dürfte jedoch, dass die Friedenssehnsucht von abermillionen Menschen in der ganzen Welt kaum erfüllbar sein dürfte, wenn man weiterhin versucht, die Weltprobleme fast ausschliesslich mit militärischen Mitteln zu lösen.

### Erländer vor grossen Aufgaben

#### Von unserem Skandinavischen Korrespondenten

Die Betrauung Tage Erlanders mit der Bildung einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung wird in Schweden allgemein als eine selbstverständliche Folge der politischen Entwicklung gewertet. Die Konservativen und die Liberalen haben ihren Versuch, zusammen mit der Bauernpartei eine bürgerliche Regierung zu bilden, offenbar selber kaum ernst genommen. Bei den scharfen Gegensätzen zwischen ihnen und bei der Unprofiliertheit der Liberalen war es für diese Parteien ein Glück, dass der Bauernführer Hedlund ablehnte. Sie hätten dem schwedischen Volke sonst ihre demagogischen Propagandasünden offenbaren müssen.

Das sozialdemokratische Kabinett wird keinen leichten Stand haben. In der von den Provinzvertretungen gewählten ersten Kammer des schwedischen Reichstages verfügt die Sozialdemokratie zwar mit 78 von 150 Mandaten über die absolute Mehrheit, in der direkt gewählten zweiten Kammer aber nur über 108 von insgesamt 231 Sitzen. Bei vielen Abstimmungen kommt es, wenn eine der Kammern für, die andere gegen eine Gesetzesvorlage gestimmt haben, zu einer gemeinsamen Votierung beider Kammern. In solchen Fällen wird das neue Kabinett auf die Hilfe einer anderen Partei angewiesen sein. Die Sozialdemokraten werden daher wohl auch künftig versuchen, durch Kompromisse mit anderen Parteien - nun von Fall zu Fall - Abstimmungsmehrheiten ohne die Kommunisten zustande zu bringen. Jede der drei anderen Parteien allein ist stark genug, um mit den Sozialdemokraten eine solche Mehrheit zu bilden.

Die Hauptfrage in der schwedischen Innenpolitik wird während der nächsten Monate zweifellos die Vorbereitung einer Gesetzesvorlage über die zusätzliche Alterspension - als Ergänzung der Volkspension - sein. Bei der kürzlichen Volksabstimmung standen die Bauernpartei einerseits, sowie die Liberalen und Konservativen andererseits in scharfem Gegensatz zu den Sozialdemokraten. Diese haben sich zu einer Kompromisslösung auf Basis einer gesetzlichen Verankerung dieser Zusatzpension bereiterklärt. Die Liberalen würden es einem beträchtlichen Teile ihrer Wähler gegenüber schwer haben, die Ablehnung eines solchen Kompromisses begreiflich zu machen. Es

5. November 1957

besteht daher schwache Chance, dass Sozialdemokraten und Liberale sich verständigen, umso eher, als die Sozialdemokratie entschlossen ist, eine Abstimmungsniederlage bei dieser Gesetzesvorlage mit der Auflösung der zweiten Kammer zu beantworten; für die Neuwahlen im Zeichen einer Pensionsreform hätten die Sozialdemokraten sehr gute Aussichten.

Ein anderes Problem ist die Neuordnung der Landesverteidigung. Der Oberkommandierende der Wehrmacht hat vier Alternativen entwickelt, die alle trotz wesentlich höherer Kosten unbefriedigend sind - einfach deswegen, weil die Veränderungen in der Kriegstechnik infolge der Atom- und der Raketen-Waffen ein Land mit einer Bevölkerung von nur 7.200.000 Menschen vor unlösbare Probleme stellt. Der Widersinn des Wettrüstens wird immer augenscheinlicher und hinsichtlich der Einführung von Kernwaffen toben seit geraumer Zeit heftige Auseinandersetzungen. Für die bisherige Konzeption einer hinhaltenden Verteidigung des ganzen Reichsgebietes schwinden immer mehr die Voraussetzungen, zumal die von der überwältigenden Mehrheit des Volkes gewünschte Allianzfreiheit eine Koordinierung mit anderen Ländern ausschließt. Es gibt für Schweden keine denkbare Parteienkombination, die mehr als ein unbefriedigendes Kompromis zustande bringen könnte. In dieser Frage könnte die Sozialdemokraten am ehesten bei der Bauernpartei Unterstützung finden.

Die Beispiele für mögliche Interessenverbindungen liessen sich beliebig vermehren. Hierin liegt vielleicht eine Lichtseite der neuen Regierungssituation. Das politische Leben, welches bei einer jahrelangen kompakten Mehrheitsregierung leicht erstarren kann, wird sehr angeregt. Die nächstwöchige Generaldebatte in schwedischen Reichstage und die in ihren Verlaufe zu erwartende Regierungserklärung werden demnach besonders interessant sein.

\* \* \*

Adenauers Informant war Verwirrungsagent des Sowjetzonen-SSD

W.P. Vor der 10. Grossen Strafkammer in Berlin-Moabit läuft gegenwärtig der mit Spannung erwartete Prozess gegen den Textilingenieur Werner Heinz S t e p h a n, dessen Karriere als Nachrichtenagent bis an die Tore des Bundeskanzleramtes reichte. Denn dieser Mann war es, der im August 1953 - mitten im Wahlkampf - ein von ihm gefälschtes bzw. vom Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone angefertigtes Schriftstück an das Bonner Bundeskanzleramt schickte, das tags darauf von Dr. Adenauer ungeprüft zum Anlass genommen wurde, um den Ruf und die Ehre unbescholtener Bürger anzugreifen. Das Schriftstück enthielt die Behauptung, der Solinger Fabrikant Schroth und der Gewerkschaftsvorsitzende Scharley - beide Sozialdemokraten - hätten grössere Geldbeträge für politische Zwecke aus der Sowjetzone erhalten. Auch wegen dieses Betruges hat sich Stephan jetzt zu verantworten.

Es war jedoch keineswegs allein die Schroth-Scharley-Affäre, die Stephan mit dem Kanzleramt verband. Wie der Bundestagsabgeordnete Keumann am 9. Mai 1957 in aller Ausführlichkeit berichtete, lieferte Stephan für Bonn auch Situationsberichte über die sowjetische Zone, Listen der Toten des 17. Juni und anderes, bis er schliesslich sogar den Auftrag erhalten haben soll, unter allen Umständen belastendes politisches und persönliches Material über Funktionäre der SPD zu beschaffen. Dabei wurden bestimmte Namen genannt, an deren Trägern man offensichtlich interessiert war. Dem Stephan soll bei dieser Gelegenheit zugesichert worden sein, dass er im Falle der Gefährdung in die Bundesrepublik geflogen und dort ohne Formalitäten als politischer Flüchtling anerkannt werden würde. Ferner würde man ihm eine "sehr gute Position" besorgen und man stellte ihm gleichzeitig eine grössere Geldsumme in Aussicht. Es war von einem Betrag von 20.000.-- DM die Rede.

Das Bonner Bundeskanzleramt war jedoch nicht die einzige Stelle, die Stephan mit "Informationen" belieferte. Der frühere Berliner Innensenator Fischer, die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und das Ostbüro der Deutschen Partei erhielten laufend Material, zum grossen Teil schwarze Listen über angehliche V-Leute des Sicherheitsministeriums, in Schöneberger Rathaus und in den Bezirksverwaltungen, für die Stephan zum Teil beträchtliche Beträge cinkassierte. So zahlte das Bundeskanzleramt 1.000.-- bis 2.000.-- DM, die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", wie der bisherige Prozessverlauf ergab, 7.300.-- DM und der Innensenator Fischer 1.200.-- DM. Sicher sind damit nicht alle Gelder

erfasst, die Stephan aus seiner Agententätigkeit bezog.

Was den Fall Stephan so bedenklich macht, ist auch die Tatsache, dass der Kontakt mit dem Betrüger, wie sich im Verlaufe der Prozessverhandlungen zeigte, auch dann noch nicht abgebrochen wurde, als bereits die Spatzen von den Dächern piffen, dass das von Stephan gelieferte Material gefälscht war. Wenn der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Lenz, dem Stephan noch nach dem Erlasse von einstweiligen Verfügungen gegen Adenauer zu verstehen geben liess, dass er ihn als Nachrichtenlieferant behalten wolle, und wenn die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" so wie der damalige Innensenator Fischer den Kontakt zu Stephan aufrechterhielten, obwohl das Bundesverfassungsschutzamt bereits vor dem Nachrichtenhändler gewarnt hatte, so muss das zu den stärksten Bedenken Anlass geben.

Dabei konnte die Persönlichkeit Stephans in Berlin seit vielen Jahren allen Verantwortlichen offenbar gewesen sein. Man wusste, dass er seit 1930 der NSDAP angehörte und Agent der Gestapo war. Man kannte auch seine beruflichen Machinationen in Berlin in den Jahren 1952 und wusste, dass bei ihm vieles undurchsichtig war. Dennoch gelang es seinen Beziehungen zur Deutschen Partei, deren Ostbüro er vorübergehend leitete und deren Mitglied er war und den Beziehungen zu Ex-Innensenator Fischer offensichtlich, alle Bedenken zu zerstreuen.

Bei dem Fall Stephan geht es nicht um die Person. Er, wie viele andere, geriet in den Dschungel von "Nachrichtendiensten", die in zerteilten Berlin üppig gedeihen. Dass es aber westdeutsche offizielle Stellen und Politiker gibt, die sich solcher undurchsichtigen Gestalten für den innenpolitischen Kampf bedienen, ist auch für deren politische Moral bezeichnend. Das lässt sich schon, bevor das Urteil verkündet ist, sagen.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel